

Prof. Dr. Gert G. Wagner
Vorsitzender der Zensuskommission

Pressemitteilung - Sperrfrist: Freitag, 1. April 2011, 18 Uhr -

„Big Brother schafft Gerechtigkeit“

Zensus 2011 mit „Überwachungoscar“ ausgezeichnet

Stellvertretend für alle am Zensus 2011, der bevorstehenden Volkszählung, beteiligten Institutionen nimmt Prof. Dr. Gert Wagner heute in Bielefeld den „BigBrotherAward“ entgegen. Die Auszeichnung wird von den Veranstaltern als „Oscar der Überwachung“ bezeichnet. „Der Preis ist eine Negativ-Auszeichnung. Er verkehrt Lob in Tadel, das Übliche ins Gegenteil. Um diese Logik fortzuführen, nehme ich den Award selbstverständlich an, um damit die Überwachungsunterstellung formvollendet zurückzuweisen“, erklärt Wagner, der die vom Bundesinnenministerium einberufene Zensuskommission leitet. „In der Sache trifft die Kritik den Zensus nicht. Die Volkszählung ist kein Überwachungsmittel, sondern schafft mehr Gerechtigkeit für die Bürger. Der Zensus ist notwendig, um die Verteilung von Steuergeldern besser an die Realität des Landes anzupassen und die Mittel dorthin zu leiten, wo sie tatsächlich gebraucht werden. Man sollte den Zensus nicht mit Angst, sondern vor allem als Chance betrachten.“

Das Hauptziel von Volkszählungen, die regelmäßig in allen EU-Mitgliedsstaaten durchgeführt werden, ist es, Gerechtigkeit beim nationalen und europäischen Finanzausgleich herzustellen. „Die Umverteilung öffentlichen Geldes wird nach Bevölkerungszahlen ermittelt. Wenn die nicht stimmen, kommt es zu Ungerechtigkeiten. Leben zum Beispiel in einer Stadt heute viel weniger Menschen, als die aktuellen Daten zeigen, erhält sie zu viel Geld. Genau dieses Geld fehlt dann an einem anderen Ort mit mehr realen Einwohnern - etwa für Kindergärten“, so Wagner. „Außerdem leben wir nicht in Orwells totalitärem Ozeanien, sondern in einer demokratischen Republik mit für diesen Fall sehr genauen und vom Bundesverfassungsgericht bestätigten Gesetzen. Wenn wir unbedingt bei Orwells Sprache bleiben wollen, gilt also: Unser Big Brother, der Zensus, ist kein Diktator, sondern schafft Gerechtigkeit.“

Warum ins Fort Knox einbrechen, wenn es am Kiosk mehr zu holen gibt?

„Viele Menschen befürchten einen Datendiebstahl durch einen Hackerangriff. Aber die amtliche Statistik in der Bundesrepublik Deutschland nimmt den Datenschutz seit jeher sehr ernst. Es gab noch nie ein Datenschutzproblem, und es spricht nichts dafür, dass es jetzt eines geben wird. Im Übrigen ist die theoretische Möglichkeit eines Banküberfalls kein Argument dafür, keine Sparkassen zu bauen, die uns allen nutzen, sondern dafür, sie so sicher wie möglich zu machen. Das haben wir beim Zensus getan.“

Die tatsächliche Gefahr für einen solchen Datenklau schätzt Wagner zudem als „sehr gering“ ein. Der Anreiz für einen Diebstahl ist nicht sehr groß: Beim Zensus werden sehr viel weniger interessante und verwertbare Daten ermittelt als etwa durch Kundenkarten. Über Kaufgewohnheiten etwa erfahren Hacker nichts. „Warum sollte also die Zensus-Datenbank geknackt werden? Sie brechen ja auch nicht freiwillig ins hoch gesicherte Fort Knox ein, wenn es dort viel weniger Gold zu holen gibt als am Kiosk nebenan. Es sei denn, es geht Ihnen explizit um die zweifelhafte Ehre, Fort Knox zu knacken und dies an die große Glocke zu hängen. Aber selbst dann ist der materielle Schaden kleiner als beim Kiosküberfall.“

Keine sensiblen Persönlichkeitsprofile – Statistikgeheimnis bleibt gewahrt

Die Angst vor „uferlosen Datensammlungen“ durch den Zensus sei unbegründet, dass müsse offenbar immer wieder und noch besser erklärt werden, so der Vorsitzende der Zensus-Kommission. „Die gesammelten Datenmengen sind sehr überschaubar und viel weniger umfassend als viele Bürger glauben. Der Zensus trägt nur eine kleine, gesetzlich genau festgelegte Auswahl von Informationen zusammen, die bei verschiedenen Behörden gespeichert sind. Hauptsächlich geht es um Geschlecht, Alter, Wohnort, Familienstand und Ausbildung. In den Meldeämtern und der Bundesagentur für Arbeit sind viel umfangreichere Daten gespeichert als für den Zensus genutzt werden, der zum Beispiel nicht einmal das Einkommen erfasst.“

Die Kritik, es würden „sensible Persönlichkeitsprofile“ von über 80 Millionen Menschen erstellt, gehe völlig an der Realität vorbei, so Wagner. „Es werden keine ‚Persönlichkeitsprofile‘ angelegt, sondern wenige statistische Daten erfasst, die anonymisiert werden und nicht für einzelne Personen ausgewertet werden können. Zusätzlich beantworten nur knapp zehn Prozent der Bevölkerung einen Fragebogen. Sie machen etwa Angaben zur beruflichen Tätigkeit und zu ihrer Herkunft. Die Frage nach dem religiösen Bekenntnis ist freiwillig.“ Wie bei statistischen Erhebungen üblich, würden Namen und Adressen als "Hilfsmerkmale" erfasst und wieder gelöscht, sobald die Datenaufbereitung abgeschlossen ist. „Im Gesetz ist festgelegt, dass dies nach spätestens vier Jahren passiert. Der Zeitraum ist so lang, weil die Zensus-Methode völlig neu ist. Der Gesetzgeber will keinen schädlichen Zeitdruck erzeugen, der zu schlechten Ergebnissen führt. Wahrscheinlich wird die Löschung aber deutlich früher erfolgen.“ Das "Statistikgeheimnis" werde beim Zensus voll und ganz gewahrt.

Univ.-Prof. Dr. rer. oec. Gert G. Wagner ist Vorstandsvorsitzender des DIW Berlin (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung), Lehrstuhlinhaber für Empirische Wirtschaftsforschung und Wirtschaftspolitik an der TU Berlin, sowie Max Planck Fellow am MPI für Bildungsforschung. Als Vorsitzender leitet er die Zensuskommission der Bundesregierung und den Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten. Er ist zudem Mitglied der Enquete Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" des Deutschen Bundestages und im Methodology and Infrastructure Committees (MIC) des britischen Economic and Social Research Councils (ESRC).

Der FoeBuD, der sich eigenen Angaben zufolge für Bürgerrechte und Datenschutz einsetzt, verleiht den „BigBrotherAward“ regelmäßig an die „Datenkraken des Jahres“, die er verantwortlich hält für Datenschutzvergehen, Überwachungstechnologien und –gesetze sowie uferlose Datensammlungen. In diesem Jahr findet die Preisverleihung am 1. April in Bielefeld statt.

Presseanfragen koordiniert die Pressestelle des DIW Berlin

Sabine Fiedler
Pressereferentin
DIW Berlin - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.
Stabsabteilung Kommunikation
Mohrenstr. 58
10117 Berlin
Tel.: +49 30 89789-252
Fax: +49 30 89789-200
Mail: sfiedler@diw.de
<http://www.diw.de>